„Die Regierung hat Djibouti zu einer Hure gemacht, die sich jedem hingibt, der zahlt“

1839 kamen die Gesandten des französischen Kaisers auf dem Weg zum äthiopischen Kaiser zum ersten Mal in Kontakt mit der Bevölkerung des heutigen Djibouti. 1886 nahmen die Franzosen die afrikanische Küste an der Meerenge gegenüber von Aden, das die Briten bereits 1839 besetzt hatten, in Besitz.
Frankreich war, vor allem seit der Eröffnung des Suezkanals, interessiert an einem Hafen und Flottenstützpunkt an der Somaliküste. Das Hinterland hingegen war bedeutungslos, bewohnt von einer nomadischen Bevölkerung, die auch eine Militärverwaltung nicht kontrollieren konnte. Mit der Vollendung der Bahn, die Addis-Abeba mit Djibouti verbindet, gewann der Hafen zusätzliche Bedeutung.
Zwischen 1940 und 1942 war Djibouti, verwaltet von einem Gouverneur des Vichyregimes, durch britische Truppen blockiert. Erst mit dem Anschluss an *France Libre* Anfang 1943 begann für Djibouti ähnlich wie für das benachbarte Eritrea ein wirtschaftlicher Boom; der hielt jedoch nach dem Ende des Krieges nicht an. Die Einrichtung einer Freihandelszone und eines frei konvertiblen, an den Dollar gebundenen, Franc 1948/49 wurde kein Erfolg. Diboutis Wirtschaft basierte auf dem Hafen als Umschlagplatz für Güter nach Äthiopien und nach der arabischen Halbinsel. Drei Viertel der aktiven Bevölkerung lebten von der Viehzucht, extrem abhängig von Klimaschwankungen. Nur etwa 13.000 Personen fanden Beschäftigung im modernen Wirtschaftsbereich.
Ab 1945 gab es lokale politische Gremien und eine Vertretung in Parlament und Senat in Paris. Die Kolonialmacht hatte bis dahin wenig für die soziale Entwicklung der Bevölkerung getan; der Grossteil waren Analphabeten. Nur 40 Einheimische hatten bis Anfang der 1950er Jahre den Abschluss der Sekundarschule geschafft. Docker, Eisenbahner, Arbeiter in den Salinen, Wasserverkäufer, Fischer, Handwerker und Kleinhändler, vor allem aber Hausangestellte bildeten die einheimische Bevölkerung der Stadt, immer zu Diensten einer kolonialen Gesellschaft. Die Hirtennomaden im Hinterland blieben draussen.
Die Bevölkerung bestand (und besteht) aus Issa (Somalis) und Afar, etwa im Verhältnis 60 zu 40, daher auch der spätkoloniale Name *Territoire des Afars et Issas*. Anfangs waren es Politiker der Issa, die aufgrund des Wahlsystems und ihrer Zusammenarbeit mit den Franzosen die Wahlen gewannen. Deren Nein für de Gaulles *Communauté* 1958 und ihre Tendenz für ein Zusammengehen mit den vier anderen Somali-Territorien (*Greater Somalia*) kostete ihnen die Unterstützung und brachte die von Afar dominierte Opposition in die Regierung.
Die Lebensbedingungen der einfachen Leute wurden immer schlechter. Von den Entwicklungsgeldern fand ein grosser Teil für den Ausbau des Hafens Verwendung; Landwirtschaft und Viehzucht erhielten wenig und die Infrastruktur ausserhalb der Hauptstadt fand ebensowenig Berücksichtigung wie der Nachholbedarf im Bildungssektor. Zwischen 50% und 75% der Bevölkerung des Territoriums, lebten in der Hauptstadt, die nur einem kleinen Teil von ihnen Arbeit bot. Es kam immer wieder zu gewaltsamen Protesten.
1967 wurde aus der Kolonie ein Überseeterritorium (TOM, *Territoire d'Outre Mer*). Die Issa wurden konsequent benachteiligt und ausgebürgert. Die Opposition gegen die Afar-Regierung wuchs, teilweise durch Befreiungsbewegungen aus den Nachbarländern getragen. Als Reaktion auf die wachsende Opposition verschärfte die Regierung die Kontrollen, nahm die Zahl der französischen Militärs zu und beschleunigte sich das Tempo des sozialen Zerfalls. Im Verlauf des Jahres 1975 wurde immer deutlicher, dass die Unabhängigkeit nicht zu verhindern war. Regierungschef Ali Aref benannte seine Partei in *Union Nationale pour l'Indépendance* (UNI) um und versuchte sich mit der

ausserparlamentarischen Opposition zu einigen, die von ihm allerdings nichts mehr wissen wollte.
Dem Referendum und den entscheidenden Wahlen ging eine Überprüfung der Wählerlisten voraus. Aus 48.000 wurden fast 106.000 Wahlberechtigte (bei einer Bevölkerungszahl von rd. 300.000) und damit gab es auch eine Mehrheit an Somalis. Der Issa Hassan Gouled Aptidon wurde neuer Staatspräsident von Djibouti, das am 27. Juni 1977 seine Unabhängigkeit erklärte.
Die Regierung, die im Wesentlichen aus Notabeln bestand, war extrem konservativ und was die Verbindung von Politik und Geschäften betraf, unterschied sich die neue Regierung wenig von der alten. Die Beziehungen zu Frankreich blieben eng. Die Zahl der *coopérants* (Lehrer, Beamte, Soldaten, Techniker) und eine Garnison, die mit 4.500 Mann stärker besetzt war als im Vertrag vorgesehen, zeigten Frankreichs reale Präsenz. Französisches Militär sollte Djibouti gegen äussere Gegner sichern und als rasche Eingreiftruppe im Nahen Osten fungieren. Es sicherte jedoch vor allem die Position der Regierung Gouled; zudem schaffte die Garnison dem Handel Umsatz und im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze.
Die wirtschaftliche Situation Djiboutis war (und ist) alles andere als eine geeignete Grundlage für einen autarken Staat. Es gibt kaum Bodenschätze. 90% des Landes ist Wüste, und der Rest meist nur extensiv für die Viehzucht zu verwenden. Nur 0,26% des gesamten Territoriums sind landwirtschaftlich nutzbar. Ein extremes Handelsbilanzdefizit - 1978 waren nur 11% der Einfuhren durch Einkünfte aus Exporten gedeckt, 2002 waren es immerhin etwa 31% - macht Djibouti stark von fremder Unterstützung abhängig.
Bei den Präsidentenwahlen vom April 1999 ging die politische Führung auf Omar Guelleh über; dies war zweifellos eine Erbfolge im regierenden Haus, die jedoch auch die Zustimmung Frankreichs hatte. Angesichts der bewaffneten Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten und der Piraterei vor der Küste wurde Djibouti immer mehr zum Militärstützpunkt für den Nahen Osten. George Bush jun. bezog Djibouti in seinen globalen Kampf gegen den Terrorismus ein und stationierte US-amerikanische Truppen in Djibouti. Vor der Küste patrouillieren deutsche Kriegsschiffe. Italien und sogar Japan sind präsent. China sicherte sich einen Militärstützpunkt und wirtschaftlichen Einfluss. 3% des BIP stammt aus Pachtverträgen der Militärbasen.
China begann 2015 massiv Infrastrukturprojekte in Djibouti zu finanzieren und eröffnete 2017 eine Militärbasis. Am 16.2.2017 schrieb Laurent Larcher in *La Croix* (Paris, Groupe Bayard) über den Wettstreit der *global players* um Einfluss und Stützpunkte in Djibouti. *„China ist wirklich überall. Es ist zwar zuletzt gekommen, sticht aber überall in Djibouti hervor. [...] China vergrössert den Hafen von Doraleh und profitiert dabei, um eine Militärbasis für 10.000 Soldaten zu bauen, [...] eine Freihandelszone von 48km² [...] ein neuer Bahnhof, und damit verbunden die Eisenbahn, die den Stadtstaat mit Addis Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens verbindet und die alte Bahn ersetzt, die zwischen 1897 und 1917 gebaut wurde.“* Mit seinen Investitionen verfolgt China den Ausbau seiner wirtschaftlichen („Seidenstrasse“) und global-politischen Macht. Es befindet sich dabei im Wettstreit nicht nur mit globalen Konkurrenten wie Frankreich, USA oder Indien, sondern auch mit Regionalmächten wie Saudi Arabien, die Emirate und Bahrein. Was den USA und ihren Verbündeten der „Krieg gegen den Terror“ ist, ist für die arabischen Staaten der Konflikt mit dem Iran („Krieg im Jemen“) und dessen Unterstützern. In diesem Sinne verhinderten sie auch das Festsetzen Russlands am Horn. (Braude/Jiang 2017)

Welche Rolle die Regierung Guelleh dabei spielt, beschreibt der Oppositionspolitiker Ahmed Farah mit drastischen Worten: *„Die Regierung hat Djibouti zu einer Hure gemacht, die sich jedem hingibt, der zahlt“* und Laurent Larcher setzt fort: *„Doch die Bevölkerung hat nichts von diesem Hurenlohn aus der*

Verpachtung Djiboutis an die fremden Armeen. Um an der Macht zu bleiben und geruhsam weiter die Einkünfte des Staates abzusaugen, knebelt das Regime die Opposition, überwacht die Medien, schiesst auf jene, die es wagen ihre Unzufriedenheit zu manifestieren [...] und die Spannung steigt.“ (La Croix, 16.2.2017)

Vom Ressourcenreichtum profitiert allein eine kleine politische und wirtschaftliche Elite. Der grösste Teil der Bevölkerung lebt in Armut, vor allem in ländlichen Gebieten. Jugendarbeitslosigkeit über 70% führen die Experten auf mangelnde Ausbildung zurück. Im Bildungswesen hat sich doch seit der Kolonialzeit wenig verbessert. Die Primarschulquote liegt deutlich unter der von Nachbarstaaten, mit 68% für Buben und 65% für Mädchen.

2021 liess sich Ismail Omar Guelleh zum fünften Mal zum Präsidenten wählen – die Novellierung der Verfassung in 2010 ermöglicht eine unbegrenzte Wiederwahl. Bei den Parlamentswahlen vom Februar 2023 erreichte die Partei des Präsidenten (*Union pour la majorité présidentielle,* UMP) 58 der 65 Sitze, 7 gingen an die *Union Djiboutienne pour la Démocratie et la Justice*. Zahlreiche WählerInnen boykottierten die Wahlen, ebenso wie die Koalition von 6 oppositionellen Parteien, die *Union pour le Salut National*. Bei den internationalen Partnern, von den USA über Frankreich und Saudi Arabien bis China erfreut sich die Regierung breiter Akzeptanz. Die Opposition und kritische Medien werden immer wieder in ihrer Tätigkeit gehindert. *Reporter ohne Grenzen* setzten Djibouti auf Rang 173 unter 180 Staaten und *Freedom House* qualifiziert es als „*not free*“.